

Landkreis Ravensburg

den 23. Mrz. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 04.02.2021 in der Turn- und Festhalle Wetzisreute, Jahnstraße 45, Schlier-Wetzisreute

Dauer 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erster Landesbeamter

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Christa Fuchs

Herr Alexander Geiger

Herr Helmut Grieb

Herr Raimund Haser

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Clemens Moll

«sitext» vom «sidat»

Herr Axel Müller
Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Roland Sauter
Herr August Schuler
Herr Daniel Steiner
Herr Waldemar Westermayer
Frau Sonja Wild

FWV

Herr Walter Braun
Herr Karl-Heinz Buschle
Herr Markus Ewald
Herr Jochen Fischinger
Frau Sandra Flucht
Herr Wilhelm Graf
Herr Roland Haug
Herr Michael Lang
Frau Katja Liebmann
Herr Rainer Magenreuter
Herr André Radke
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Gereon Güldenbergl
Herr Dr. Andreas Kolb
Frau Carmen Kremer
Frau Elke Müller
Frau Dorothee Natalis
Frau Liv Pfluger
Frau Roswitha Pohnert
Herr Tilman Schauwecker
Herr Martin Weiß

Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig

Herr Peter Clément

Herr Gerhard Lang

Herr Rainer Marquart

Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Julian Aicher

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

Herr Max Scharpf

Herr Siegfried Scharpf

Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Herr Benjamin Strasser

Die Linke

Herr Lars Raible

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Frau Anja Kahle

Dezernentin Organisationsentwicklung, Personal und Kultur

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen und Immobilien

Herr Reinhard Friedel

Dezernent Arbeit und Soziales

Frau Iris Steger

Dezernentin Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Recht, Migration und Verbraucherschutz

Gäste

Herr Dirk Bastin

Bürgermeister Stadt Ravensburg zu TOP 7 und 11

Abwesend:

CDU

Herr Volker Restle

Herr Robert Schweizer

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Herr Ozan Önder

Herr Bruno Sing

Herr Heinz Strubel

Herr Roland Zintl

SPD

Herr Jürgen Rölli

FDP

Herr Oliver Schneider

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle des Landrats

3. 0185/2020
Jährliche Unterstützung von Projekten und Initiativen Dritter im Rahmen der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Angelegenheiten des Ersten Landesbeamten

4. 0003/2021
Aktueller Sachstand Kreisimpfzentrum

Angelegenheiten des Hauptamtes

5. 0180/2020
Carsharing für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung
- 5.1 0009/2021
Aufgabenübertragung vom Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg auf den Landkreis: Dokumentation des Breitbandausbaus

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

6. 0152/2020
Leitfaden Nachhaltiges Bauen
7. 0174/2020
Ravensburg, Edith-Stein-Schule: Vorbereitung eines Realisierungswettbewerbs für den Schulneubau

Mitteilungsvorlagen

8. 0025/2020
Beteiligungsbericht 2019

9. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Personalservice

10. 0183/2020
Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

11. 0176/2020
Ravensburg, Schul- und Verwaltungsquartier: Planungswettbewerb

12. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

Antrag zur Geschäftsordnung durch KR Dr. Rapp:

Die Redezeit für Mitglieder des Kreistags wird im Hinblick auf die aktuelle Corona-Situation auf 2 Minuten begrenzt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zu den Protokollen der vorausgegangenen Sitzungen gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten der Stabsstelle des Landrats

3. 0185/2020

Jährliche Unterstützung von Projekten und Initiativen Dritter im Rahmen der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

KRin Pfluger möchte wissen, in welchem Rahmen die Kreisräte über Projekte, Initiativen und Beträge informiert würden.

Der Vorsitzende erklärt, dies werde im Rahmen der nächsten Sitzung der Fraktionsvorsitzenden noch besprochen.

KR Raible fragt, warum die Verwaltung und nicht der Kreistag selbst über die Maßnahmen entscheide.

Der Vorsitzende informiert, Herr Landrat a.D. Widmaier habe mit den Fraktionen verabredet, dass dieses Thema nicht Gegenstand der politischen Debatte sein solle. Insofern habe man das Verfahren „geerbt“. Die Fraktionen könnten jedoch Vorschläge unterbreiten.

Beschlussentwurf:

1. Der Landkreis Ravensburg unterstützt im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit einmal jährlich Projekte und Initiativen Dritter, die die unten genannten Kriterien erfüllen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, innerhalb des betreffenden Haushaltsansatzes zu entscheiden, welche Projekte und Initiativen Dritter auf Vorschlag der Fraktionen eine finanzielle Unterstützung erhalten und wie hoch diese jeweils ist.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Ersten Landesbeamten

4. 0003/2021

Aktueller Sachstand Kreisimpfzentrum

Herr Dr. Honikel-Günther berichtet über den Sachstand.

KR Engler bemängelt, für alte Menschen seien die Terminvereinbarungen schwierig. Das dafür vorgesehene System sei überlastet und unzureichend.

KRin Eger wünscht eine Abfrage bei älteren und nicht mobilen Menschen, um in Erfahrung zu bringen, wer Unterstützung oder ein mobiles Impfteam benötige. Dies solle möglichst landeseinheitlich geregelt werden.

KR Gallasch lobt die Landkreisverwaltung für die Geschwindigkeit, mit der das Kreisimpfzentrum (KIZ) errichtet worden sei. Bei Sozialminister Lucha sei es hingegen zu einem „gigantischen Missmanagement“ gekommen. Versorgungslücken bei vom KIZ weiter entfernt lebenden Menschen müssten geschlossen werden.

KR Henle informiert, er werde täglich darauf hingewiesen, dass Abläufe in Bayern besser funktionierten. Er schlage vor, Sozialminister Lucha darum zu bitten, gute bayrische Modelle aufzugreifen, z.B. Impfbusse in die Dörfer fahren zu lassen.

KR Bindig beklagt die Entscheidung des Sozialministeriums, nur ein Impfzentrum im Landkreis Ravensburg errichten zu lassen und alte Menschen einem „Techno-Darwinismus“ beim Anmeldeverfahren auszusetzen. Dies sei falsch gewesen und hätte anders organisiert werden können.

KRin Kremer fragt, ob die datenschutzrechtlichen Probleme anlässlich der Bewerbungen der Helfer behoben seien und warum viele von ihnen bisher keine Rückmeldung erhalten hätten.

KR Clement mahnt alle Beteiligten zu Geduld. Das Hauptproblem sei der Mangel an Impfstoff. Ein zweites KIZ würde in einer solchen Situation nur die Kosten erhöhen.

Der Vorsitzende antwortet, das Landratsamt Ravensburg sei an der Datenschutz-Panne nicht beteiligt. Diese sei vom Landratsamt Alb-Donau-Kreis verursacht worden. Bei den Rückmeldungen zu Beschäftigungswünschen im KIZ müsse bezüglich der Verantwortlichkeiten unterschieden werden. Für den nicht-medizinischen Bereich sei das Landratsamt zuständig. Hier sei der Personalservice zeitnah aktiv geworden. Für den medizinischen Bereich sei das Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg verantwortlich. Hier sei erst spät ein Personaldienstleister damit beauftragt worden, sich um die Abarbeitung der Interessentenlisten zu kümmern.

KR M. Lang hält ein Mehr an Dezentralität für wünschenswert, um eine bessere Steuerung zu erreichen.

Der Vorsitzende erklärt, alle Beteiligten bemühten sich auf allen Ebenen.

Beschlussentwurf:

Die für die Einrichtung und den Betrieb des Kreisimpfzentrums notwendigen Finanzmittel werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Notwendiges zusätzliches Personal kann außerhalb des Stellenplans angestellt und beschäftigt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Hauptamtes

5. 0180/2020

Carsharing für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung

KR Dr. Dieterich meldet Bedenken zur Vorlage an. Einige Kostenpositionen, wie etwa zu Betriebsstoffen, Aufwendungen für Fahrzeugbesichtigungen nach Gebrauch, Wertverluste durch Vermietungen, höhere Versicherungsprämien durch Angehörigennutzung, Wertminderungen bei Unfällen, häufigere Vorfürungen beim TÜV, würden ebenso fehlen wie einige steuerliche Aspekte.

KR Engler erklärt, das Angebot sei prinzipiell gut. Die vorgesehenen Nutzungszeiten seien jedoch unrealistisch, da sie gleitende Arbeitszeiten außer Acht ließen.

KR A. Müller beanstandet, eine Überlassung innerhalb des familiären Kreises stelle ein nicht kalkulierbares Risiko dar. Er wünsche eine Überarbeitung der Vorlage.

Frau Kahle antwortet, ein anderer Landkreis in Baden-Württemberg habe das vorgesehene Modell bereits im Einsatz. Dieses orientiere sich bezüglich der Kosten, Versicherung und Besteuerung am Dienstwagenmodell der Wirtschaft und sei umfassend geprüft. Auch Angehörige seien dabei vollständig versichert. Eine Überprüfung der Führerscheine erfolge an einem Automaten und verursache keine weiteren Kosten. Für die Kontrollen der Fahrzeuge sei das Fuhrparkmanagement zuständig. Dies würden ebenfalls nicht zu Mehrkosten führen.

Der Vorsitzende bemerkt, auch das Job-Ticket und Job-Rad verursache Personalkosten. Es gehe um Mitarbeiterfreundlichkeit und eine Verkehrswende.

KR Gallasch stellt fest, es gebe noch einige offene Rechtsfragen. Er wünsche einen Verweis der Vorlage an den zuständigen Fachausschuss, um diese dort zu klären.

KR Bürkle berichtet über „leidvolle Erfahrungen“ im Zusammenhang mit Fahrzeugüberlassungen. Werde das Fahrtenbuch nicht ordentlich geführt, trete sofort die 1%-Regelung in Kraft. Bei einem großen Nutzerkreis gestalte sich eine Überprüfung schwierig. In Bad Wurzach sei nach einer Prüfung durch das Finanzamt bei mehreren Mitarbeitern eine nachträgliche Besteuerung erfolgt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich in den zuständigen Ausschuss verwiesen

5.1. 0009/2021

Aufgabenübertragung vom Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg auf den Landkreis: Dokumentation des Breitbandausbaus

Frau Kahle begründet die Vorlage und weist darauf hin, dass bei den auf Seite 2 dargestellten finanziellen Auswirkungen dem jährlichen pauschalen Kostensatz in Höhe von 100.000 EUR noch die Mehrwertsteuer hinzuzurechnen sei. Es handele sich um eine mehrwertsteuerpflichtige Leistung des Landkreises. Der Zweckverband sei jedoch vorsteuerabzugsberechtigt.

KR Dr. Dieterich wünscht sich, die Städte Ravensburg und Weingarten würden sich dem Vertrag anschließen, da das Thema dort nur zurückhaltend verfolgt werde.

Der Vorsitzende stimmt zu, dass dies die einfachste Lösung wäre. Man sei diesbezüglich noch nicht am Ziel.

KR Spieß informiert, man befinde sich mit der Stadt Ravensburg in Verhandlungen. Eine Lösung des Problems werde noch für dieses Jahr erhofft.

Beschlussentwurf:

Dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg wird zugestimmt (siehe Anlage).

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

6. 0152/2020

Leitfaden Nachhaltiges Bauen

KR Raible spricht sich dafür aus, den Leitfaden generell als Standard zu setzen.

KR Gallasch gibt zu bedenken, dass durch einen gesetzten Standard finanzieller

Druck auf Städte und Gemeinden entstehen könne. Eine damit verbundene Preissteigerung könnten sich möglicherweise jedoch nicht alle leisten.

KR Krattenmacher bedankt sich für den Leitfaden und die ihm zugrundeliegenden umfassenden Betrachtungen. Er hoffe auf Nachahmung.

KR Weiß findet, es handele sich um ein „hervorragendes Projekt“. Er bittet darum, das noch fehlende Thema „Beton-Recycling“ aufzunehmen.

Herr Baur erklärt, bei dem Leitfaden handele es sich um einen „großen Meilenstein“. Der Staat müsse bei den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine gewisse Vorreiterstellung einnehmen. Er plädiere dafür, den Leitfaden vorerst nur bei ausgewählten Projekten anzuwenden, da auch Firmen damit Erfahrungen sammeln müssten. Dabei gehe es um einen Lernprozess über etwa 10 Jahre. Beton-Recycling sei ein wichtiges Anliegen auch im Rahmen der Kreisstrategie und im Bewusstsein der Verwaltung verankert.

Modifizierter Beschlussentwurf des Ausschusses:

1. Der Leitfaden für Nachhaltiges Bauen (LNB) und das entwickelte Bewertungssystem zur Sicherung ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Qualitäten für die kreiseigenen Bauvorhaben ~~soll~~ **setzt** den Standard für nachhaltiges Bauen im Landkreis Ravensburg ~~setzen~~.
2. Der Leitfaden für Nachhaltiges Bauen soll künftig bei ausgewählten Bauprojekten angewendet werden. Über **die konkrete** energetische und ökologische Zielsetzungen entscheidet **dabei** jeweils der Kreistag.
3. **Die Existenz und der Inhalt des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen soll den Gemeinden des Landkreises mitgeteilt werden mit der Anregung, den Leitfaden ebenfalls für ausgewählte kommunale Projekte anzuwenden.**

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

7. 0174/2020

Ravensburg, Edith-Stein-Schule: Vorbereitung eines Realisierungswettbewerbs für den Schulneubau

Der Vorsitzende weist auf den Antrag der Fraktion FWV vom 29.01.2021 (Anlage 2) hin.

KR Bindig erklärt, bei den meisten Punkten des Antrags handele es sich um Selbstverständlichkeiten.

KR Spieß widerspricht. Die Inhalte zu Nr. 4 des Antrags seien zwar immer wieder gefordert, jedoch noch nicht geklärt worden.

KRin Pohnert bestätigt, dass schon vieles gesagt worden sei. Allerdings sei eine sichere Querung der Gartenstraße, wie in Nr. 2 des Antrags gefordert, wichtig und müsse „auf sicheren Füßen stehen“. Von daher sei eine nochmalige Rückkopplung sinnvoll.

KR Dr. Dieterich vermutet, ein Großteil der Schüler werde mit dem PKW kommen und nicht mit dem ÖPNV. Er fragt, ob die geplante Verengung der Gartenstraße „zuende gedacht“ sei oder ob der Wettbewerb diesbezüglich nicht besser geöffnet werden solle.

Herr Bastin hält die Einbindung der Stadt Ravensburg durch die Verwaltung für vorbildlich. Es handele sich um ein „Jahrhundertprojekt“ mit einer komplexen baurechtlichen Situation. Er verspreche eine gute Unterstützung auf allen Ebenen. Zunächst würden jedoch die Wettbewerbsergebnisse abgewartet und dann das Baurecht unverzüglich angepasst. Insofern „unterschreibe“ er Nr. 1 des Antrags der FWV zu 100 Prozent. Zu Nr. 3 des Antrags erklärt er, Beschlüsse zum Verkehrsentwicklungsplan für das Mittlere Schussental würden in der Sommerpause erwartet.

KR Forderer lobt die Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage und unterstützt Nr. 2 des Antrags der FWV. Bezüglich einer ebenerdigen Querung der Gartenstraße habe er Bedenken. Eine zusätzliche Sitzung des Begleitarbeitskreises vor der Sitzung der Bewertungskommission sei auch für ihn wichtig.

Ergänzungsantrag der Fraktion FWV (Anlage 2 zu 0174/2020):

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Beschlussentwurf der Vorlage 0174/2020 in der Fassung des soeben erfolgten Beschlusses:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verhandlungsverfahren mit vorgelagertem Planungswettbewerb gemäß den Richtlinien für Planungswettbewerbe für den Neubau der Edith-Stein-Schule in Ravensburg vorzubereiten. Gleichzeitig zum Realisierungswettbewerb bereitet die Verwaltung ein VgV-Verfahren für die Auswahl der Fachingenieure vor.

Ergänzung auf Antrag der Fraktion FWV

- 1) Aufgrund der notwendigen Befreiungen und Bebauungsplanänderungen ist es erforderlich, die Baurechtsbehörde der Stadt Ravensburg und die zuständigen kommunalen Gremien der Stadt Ravensburg als Träger der Bauleitplanung baldmöglichst in den Realisierungswettbewerb und die Zielvorstellungen des Landkreises einzubeziehen, umfassend zu informieren und deren Stellungnahme bzw. Zustimmung zur Planung einzuholen. Darüber hinaus sollte konkret baldmöglichst der Bebauungsplan Kammerbrühl auf den Weg gebracht und verabschiedet werden, sodass die planungsrechtlichen Grundlagen für die weitere Entwicklung rechtzeitig klar und festgelegt sind. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, mit der Stadt dies zu besprechen und darauf hinzuwirken.
- 2) Hinsichtlich der Fußwegebeziehungen über die Gartenstraße zwischen dem Areal Landratsamt/neue Edith-Stein-Schule und dem Areal Gewerbliche Schulen/Humpisschule wird eine detaillierte Untersuchung (oder Machbarkeitsstudie) hinsichtlich einer barrierefreien, behindertengerechten und sicheren Überquerung in Auftrag gegeben werden. Dabei sollen alle technischen Möglichkeiten ergebnisoffen geprüft werden. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Ravensburg eine solche Prüfung abzustimmen und auch eine finanzielle Beteiligung an der Untersuchung.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass das Verkehrs- und Mobilitätskonzept des Gemeindeverwaltungsverbandes Mittleres Schussen-tal (GMS) mit dem zuständigen Planer, der Landkreisverwaltung und den Verantwortlichen des GMS (insbesondere den Städten Ravensburg und

Weingarten) im Planbereich weiter verfeinert und weiterverfolgt wird. Auch hier wäre eine Stellungnahme der zuständigen Gremien notwendig.

- 4) Die Verwaltung wird explizit beauftragt, die Verhandlungen bzgl. Erwerb der Grundstücksflächen, Löschung von Dienstbarkeiten und Nutzungsrechten sowie Beseitigung von Leitungen o. ä. zeitnah zum Abschluss zu bringen, so dass dies nach dem VgV Verfahren erledigt ist und somit ggf. auch den zuständigen Gremien baldmöglichst zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 1 Nein-Stimme)

Mitteilungsvorlagen

8. 0025/2020

Beteiligungsbericht 2019

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

9. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Herr Dr. Honikel-Günther informiert über den aktuellen Sachstand zum Kreisimpfzentrum und beantwortet die mit Datum vom 28.01.2021 eingereichten Fragen der FDP-Fraktion (Anlage zu TOP 9) sowie die Rückfragen von KR Strasser und KR M. Lang.

KR Prof. Dr. Dieing ergänzt Daten zur Übersterblichkeit und zur Impfstatistik.

Frau Steger beantwortet die mit Datum vom 02.02.2021 eingereichte Anfrage der SPD-Fraktion (Anlage zu TOP 9). Es existiere keine Vorschrift, die besage, dass ein Landschaftsschutzgebiet nicht auf ein Waldgebiet beschränkt werden könne. Im Falle des Altdorfer Waldes gehöre das Offenland jedoch zwingend dazu, um eine Beurteilung abgeben zu können.

KR Grieb bedankt sich bei KR G. Lang für die Publikation der ORNIKA-Hefte, die mit viel Arbeit verbunden sei und einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leiste.

KR Haser begründet den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.02.2021 zum Thema

Kiesabbau (Anlage zu TOP 9).

Der Vorsitzende erklärt, dieser werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität auf die Tagesordnung genommen.

KR Bindig äußert erhebliche Bedenken zu diesem Antrag, da mit Grund nur eine einzige Abbau-Alternative zu Grenis geprüft werden solle. Er kündigt einen Antrag seiner Fraktion an, der die Prüfung auf alle möglichen Alternativen ausweiten solle.

KR Spieß möchte wissen, ob eine Stellungnahme zur zweiten Auslegung des Regionalplans fristgerecht abgegeben werde.

Der Vorsitzende antwortet, die politische Stellungnahme des Kreistags dazu sei im Oktober 2020 in drei Anträgen beschlossen worden. Diese werde als offizielle Stellungnahme des Kreistags fristgerecht eingereicht. Die Stellungnahme der Landkreisverwaltung als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde sei noch nicht formuliert und auch keine politische Angelegenheit des Kreistages.

KR Dr. Rapp bemerkt, die Frage, ob Kiesabbau auch andere Standorte betreffe, sei Angelegenheit des Kreistags. Eine sachliche Prüfung von Alternativen halte er für sinnvoll. Alternativen zu Grenis sollten sich jedoch in räumlicher Nähe befinden.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Kreistag am 04.02.2021:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Personalservice

10. 0183/2020

Versetzung von leitenden Bediensteten in den vorzeitigen Ruhestand

Beschlussentwurf:

Dem Antrag von Frau Adelheid Wucherer auf Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

11. 0176/2020

Ravensburg, Schul- und Verwaltungsquartier: Planungswettbewerb

Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2021:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gespräche mit der Stadt Ravensburg einzutreten und mögliche Alternativen zur in Anlage 5 dargestellten Verkehrsführung zu erarbeiten und dem Kreistag vorzustellen. Hierbei soll sowohl das Verkehrsaufkommen aus dem Gemeindeverband Mittleres Schussental wie auch dem gesamten Landkreis betrachtet werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Ergänzungsantrag der Fraktion FWV (Anlage 12 zu 0176/2020):

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

Beschlussentwurf der Vorlage 0176/2020 in der Fassung der soeben erfolgten Beschlüsse:

1. Die Stufen 2 (Wettbewerbsverfahren) und 3 (Verhandlungsverfahren) des Planungswettbewerbs werden auf der Grundlage der Auslobungsunterlagen (Anlage 11) zur Umsetzung freigegeben.
2. Das Raum- und Funktionsprogramm für den ersten Neubauabschnitt der Verwaltung (Anlage 10) wird freigegeben.
3. Der Leitfaden „Nachhaltiges Bauen des Landkreises Ravensburg“ ist Grundlage sowohl im Ideenteil als auch im Realisierungsteil des Wettbewerbs. Über die Höhe der im Realisierungsteil zu erreichenden Punktzahl wird im Rahmen des Baubeschlusses entschieden.
4. Die Bewertungskommission für das dem Wettbewerb nachgeschalteten VgV-Verfahren wird mit Vertretungen des Kreistags und der Verwaltung entsprechend der Anlage 4 besetzt. Die Bewertungskommission wird ermächtigt, über die Beauftragung des Architekturbüros abschließend zu entscheiden.
5. Das Ergebnis des durchgeführten Realisierungswettbewerbs mit dem nachgeschalteten VGV-Verfahren ist dem Kreistag in der Sitzung am 19.10.2021 vorzustellen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Projektsteuerung und Fachplanungen notwendigen Leistungen entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Vergaberechts auszuschreiben und zu vergeben.
7. **Ergänzung auf Antrag der Fraktion FWV:**
 - 1) Im Rahmen des Planungswettbewerbs ist es notwendig, den Kreistag und/oder die Ausschüsse umfassend zu informieren. Deshalb wird eine zusätzliche Kreistagssitzung und/oder eine gemeinsame Ausschusssitzung des AFK und des ABK nach der Sitzung des Preisgerichtes und kurz vor der Sitzung der Bewertungskommission festgelegt. In dieser Sitzung werden die Räte auf den Sachstand gebracht und umfassend informiert. Dieser Beschlussantrag und die Vorgehensweise wird dann auch beim Realisierungswettbewerb Edith-Stein-Schule in gleicher Weise umgesetzt.
 - 2) Aufgrund der notwendigen Befreiungen und Bebauungsplanänderungen ist es erforderlich, die Baurechtsbehörde der Stadt Ravensburg und die zu-

ständigen kommunalen Gremien der Stadt Ravensburg als Träger der Bauleitplanung baldmöglichst in den Planungswettbewerb und die Zielvorstellungen des Landkreises einzubeziehen, umfassend zu informieren und deren Stellungnahme bzw. Zustimmung zur Planung einzuholen. Darüber hinaus sollten konkret baldmöglichst die Bebauungspläne auf den Weg gebracht und verabschiedet werden, sodass die planungsrechtlichen Grundlagen für die weitere Entwicklung rechtzeitig klar und festgelegt sind. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, mit der Stadt dies zu besprechen und darauf hinzuwirken.

- 3) Hinsichtlich der Fußwegebeziehungen über die Gartenstraße zwischen dem Areal Landratsamt/neue Edith-Stein-Schule und dem Areal Gewerbliche Schulen/Humpisschule wird eine detaillierte Untersuchung (oder Machbarkeitsstudie) hinsichtlich einer barrierefreien, behindertengerechten und sicheren Überquerung in Auftrag gegeben werden. Dabei sollen alle technischen Möglichkeiten ergebnisoffen geprüft werden. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Ravensburg eine solche Prüfung abzustimmen und auch eine finanzielle Beteiligung an der Untersuchung.
- 4) Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass das Verkehrs- und Mobilitätskonzept des Gemeindeverwaltungsverbandes Mittleres Schusental (GMS) mit dem zuständigen Planer, der Landkreisverwaltung und den Verantwortlichen des GMS (insbesondere den Städten Ravensburg und Weingarten) im Planbereich weiter verfeinert und weiterverfolgt wird. Auch hier wäre eine Stellungnahme der zuständigen Gremien notwendig.
- 5) Die Verwaltung wird explizit beauftragt, die Verhandlungen bzgl. Erwerb der Grundstücksflächen, Löschung von Dienstbarkeiten und Nutzungsrechten sowie Beseitigung von Leitungen o. ä. zeitnah zum Abschluss zu bringen, so dass dies nach dem VgV Verfahren erledigt ist und somit ggf. auch den zuständigen Gremien baldmöglichst zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** beschlossen (bei 1 Enthaltung)

12. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Thomas Kellenberger

Wilhelm Graf